

Der Staat in der Vertrauenskrise

Königstein Rechtshistoriker plädiert beim Königsteiner Forum für mehr Verlässlichkeit, Medienkompetenz und mehr Europa

Vertrauen bilden: Für Professor Michael Stolleis die Grundlage für die Identität von Bürger und Staat. Der Vortrag des hochgebildeten Juristen vor dem Königsteiner Forum setzte ein Glanzlicht.

VON ULRICH BOLLER

„Der Staat, das sind wir selbst.“ Alfred Herrhausen, der hier zitiert wird, sah weder die Bürger noch das Gemeinwesen, das sie bilden, als abstrakte Größen, sondern als Einheit. Wenn Professor Michael Stolleis den Staat als „komplexes Gebilde des aufeinander bezogenen Handelns aller Einwohner“ charakterisierte, bezog er sich vor dem Königsteiner Forum direkt auf diese Formel. „Das fiktive Objekt Staat dem fiktiven Objekt Bürger entge-

genzusetzen, ist nicht haltbar“, sagte der Jurist im Foyer der Frankfurter Volksbank. Daher tue er sich schwer mit dem Vortragsthema, was denn stabile Beziehungen zwischen Staat und Bürgern schaffe.

Autoritäten und autoritatives Denken braucht es jedenfalls nicht, unterstrich der emeritierte Inhaber des Lehrstuhls für Rechtsgeschichte an der Frankfurter Goethe-Universität. Vielmehr sei entscheidend, „wie Vertrauen in die demokratischen Prozesse und durch sie entstehen kann“. Deutschland sei in einer „paradoxen Lage“. Einerseits gebe es hohe politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität. Andererseits „hat die Angst in Deutschland immer gute Zuwachsraten“ (Günter Grass). Gerade ältere und wohlhabendere Gesellschaften seien für Ängste besonders anfällig.

„Ohne Vertrauen in die täglichen Abläufe, in Personen und Institutionen würde unser Leben nicht gelingen“, hob Stolleis hervor. Dazu zähle, „dass Mitmenschen geschriebene und ungeschriebene Regeln“ einhielten und die staatlichen Verfahren „regelgerecht und korruptionsfrei“ funktionierten. „Wir wählen unsere Repräsentanten und zahlen Steuern auch, um entlastet zu sein.“ Gleichwohl bedürfe die freiheitliche Demokratie „existenziell einer wachsam, kritischen Öffentlichkeit, die Korruption und Fehlleistungen aufdeckt“. Das setze jedoch Teilnahme und Mitgestaltung voraus: „Der bloße Einwohner reift zum Bürger.“ So schwierig ehrenamtliches Engagement sei, so sehr schaffe es Vertrauen, dass „Engagement im Staat und mit dem Staat sinnvoll sei“.

Dennoch sinke das Vertrauen in den Staat aufgrund von Ereignissen wie der Spiegel-Affäre oder der Parteispendenaffäre. Volksentscheid oder Mitgliederbefragungen gleichen das nur wenig aus. „Die Form der öffentlichen Kommunikation hat sich derart verändert, dass Volksabstimmungen geradezu altmodische Züge angenommen haben“, führte der Germanist und Kunsthistoriker aus.

Droht Weimar 2.0?

„Die Bindekraft der klassischen Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen lässt stark nach.“ Aber auch die herkömmliche Einteilung der Geschlechter werde „porös“. Gänzlich unbegriffen und unerforscht seien die Auswirkungen der „sozialen Medien“ wie Facebook, Instagram und Twit-

ter, während die klassischen Medien an Attraktivität verlören, skizzierte er die grundlegend gewandelte Situation.

„Das Netz ist ortlos, niemand verantwortlich, von niemandem kontrolliert. Die neuen Medien beeinflussen die Beziehungen untereinander zutiefst.“ So habe die Regierung via Twitter des amerikanischen Präsidenten die Krise der Demokratie beschleunigt. Dass die Weimarer Republik gescheitert sei, habe nichts mit einem Zuviel an direkter Demokratie zu tun. Vielmehr habe sich „eine vom Staat in der Krise alleingelassene Gesellschaft radikalisiert“.

Utopien seien ungeeignet, das Verhältnis Staat-Bürger neu zu justieren. „Die Fähigkeit, mit der Flut von Wahrheiten, Halbwahrheiten und Unwahrheiten kritisch umzu-

gehen, kann nicht früh genug erworben werden“, sagte Stolleis. Wichtig sei nicht minder eine genaue Kenntnis der Funktionsweise des politischen Systems. Vor allem bei Jugendlichen sah er darin Defizite.

Der Rechtshistoriker plädierte dafür, die Kompetenzen des Europäischen Parlaments sichtbar zu stärken und ein einheitliches europäisches Listenwahlrecht einzuführen. Das trägt ihm zufolge zu einer stabileren Beziehung zur Europäischen Union bei. Sie lasse sich nicht über den Nationalstaat erzielen, „denn über den sind wir in Europa faktisch weit hinaus, wohl aber nicht in den Köpfen“. Ein „Zerstörungsräusch gegen alles, was seit den Römischen Verträgen erreicht wurde“, nannte er falsch und fatal.